

10.12.2024

Antrag

der Fraktion der SPD

Bundstagsinitiative unterstützen, eigene Impulse setzen: NRW kann Wissenschaftskommunikation auf Landesebene mitgestalten

I. Ausgangslage

An der Schnittstelle von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik nimmt Wissenschaftskommunikation eine Schlüsselrolle ein. Sie leistet sowohl Wissenstransfer in andere gesellschaftliche Teilbereiche, etwa um Forschungsergebnisse in wirtschaftliche Innovationen oder politische Maßnahmen zu übersetzen und dadurch für konkrete Aufgabenstellungen nutzbar machen zu können. Beispiele hierfür sind der Kampf gegen den Klimawandel oder ein verantwortungsbewusster Umgang mit den Chancen künstlicher Intelligenz.

Gute Wissenschaftskommunikation wird aber auch einem demokratischen Auftrag gerecht und bemüht sich um einen gleichberechtigten Dialog zwischen dem Wissenschaftssystem und seiner gesellschaftlichen Umwelt:¹ Institutionen und Akteure der Wissenschaftslandschaft durch niedrigschwellige Kommunikationsformate nah- und erlebbar zu machen, ihre Strukturen und Funktionsweisen transparent und wo immer möglich auch partizipativ zu gestalten, festigt das Vertrauen in die (Forschungs-) Institutionen und trägt zur Legitimation wissenschaftsbasierter Politikformulierung bei.² Ziel ist es dabei auch, die Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger in Zeiten von Desinformation zu stärken. Einen erfolgreichen Beitrag dazu leisten beispielsweise die zahlreichen Citizen-Science-Projekte auch in NRW. Sie ermöglichen der Bevölkerung die aktive Teilhabe an Forschungsvorhaben und fördern so das Interesse an wissenschaftlichen Themen, aber auch die Fähigkeit zur konstruktiven Kritik sowie einem fruchtbaren Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

Besondere Aufmerksamkeit hat die Wissenschaftskommunikation während der COVID-19-Pandemie erfahren. Nicht nur die engmaschige Rückkopplung der Krisenbewältigung an den aktuellen Stand der Forschung hat den Stellenwert professioneller Wissenschaftskommunikation eindrücklich verdeutlicht. Gleichzeitig wurde klar, dass kommunizierende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler leicht ins Visier aufwendiger Desinformations- und Diffamierungskampagnen geraten können. Unterstützungsstrukturen wie der Scicomm-Support als Anlaufstelle für angefeindete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind daher dringend erforderlich, um sowohl die Betroffenen zu schützen wie auch die Resilienz des

¹ Vgl.: Scheu, Andreas M. (2024): Wissenschaftskommunikation in Deutschland: Status quo in den Ländern, S. 14. <https://transferunit.de/thema/laenderstudie/>. (27.11.2024).

² Vgl. dazu auch: Pasternack, Peer (2022): Wissenschaftskommunikation, neu sortiert. Wiesbaden, S. 51.

Wissenschaftssysteme insgesamt zu stärken. Umgekehrt erfordert redliche Wissenschaftskommunikation auch das Aufzeigen von Grenzen und Unsicherheiten seitens der Wissenschaft.

Auch nach Auffassung des Wissenschaftsrates sind damit „Herausforderungen im Verhältnis von Wissenschaft und Politik, Öffentlichkeit und Medien sichtbar geworden, die nicht erst in der Ausnahmesituation entstanden sind, sondern das Feld der Wissenschaftskommunikation generell prägen.“³ In einem 2021 veröffentlichten Positionspapier hat der Wissenschaftsrat daher eine umfassende Analyse zur Wissenschaftskommunikation in Deutschland vorgelegt und zahlreiche Handlungsempfehlungen vorgelegt, mit denen auch die Wissenschafts- und Hochschulpolitik adressiert wird.

Der Deutsche Bundestag hat den Themenkomplex aufgegriffen und im Sommer 2024 mit breiter Mehrheit unter anderem der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP den Antrag „Wissenschaftskommunikation systematisch und umfassend stärken“ verabschiedet.

Mit zielgerichtetem Ausbau und Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen und Förderlinien auf Bundesebene werden darin wichtige Aspekte aufgegriffen. Beispiele sind die Fortschreibung der #FactoryWisskomm, die Integration von Wissenschaftskommunikation in die „Zukunftsstrategie Innovation und Forschung“, sowie die Stärkung der Förderlinie für Citizen Science-Projekte.

Um bereits existierende Strukturen wie den Scicomm-Support zu stärken, sollen die Datenerfassung systematisiert und der Austausch mit den Ländern intensiviert werden. Hier wird die ebenenübergreifende Verantwortung für den Themenkomplex Wissenschaftskommunikation deutlich: Wo vor allem Standardisierung und Ressourcenbündelung im Vordergrund stehen, scheint eine bundeseinheitliche Strategie vorteilhaft.

Gleichzeitig liegen nicht nur Wissenschafts- und Forschungspolitik, sondern auch der eng verbundene Bereich Medien und Kultur vorwiegend in der Zuständigkeit der Länder. Sie fördern außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und sind Träger von Universitäten und Hochschulen, an denen sowohl zukunftsweisende Forschungsergebnisse hervorgebracht werden wie auch die akademische Ausbildung für Kommunikationsarbeit geleistet wird. Die Länder profitieren damit nicht nur von guter und redlicher Wissenschaftskommunikation, sondern tragen auch Verantwortung für ihre wissenschaftlich fundierte Weiterentwicklung und können einen entsprechenden Gestaltungsanspruch verwirklichen. Mehrere Landesparlamente wie etwa der Landtag Rheinland-Pfalz⁴, der Bayerische Landtag⁵ und zuletzt das Abgeordnetenhaus von Berlin⁶ haben Wissenschaftskommunikation bereits in Antragsberatungen und Sachverständigenanhörungen thematisiert.

Auch vom Bundestag ist eine enge Einbindung der Länder explizit berücksichtigt worden. Er hat die Bundesregierung aufgefordert, „gemeinsam mit den Ländern über bestehende Angebote hinaus mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu schaffen, unter anderem zu Arbeitsweisen der Wissenschaft, dem Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und zu

³ Wissenschaftsrat (2021): Wissenschaftskommunikation. Positionspapier, S. 5. https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/9367-21.pdf?__blob=publicationFile&v=4. (02.12.2024).

⁴ Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz: Drs. 18/2778.

⁵ Vgl. Bayerischer Landtag: Protokoll 18/114, S. 15676, 15681.

⁶ Vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin: Wortprotokoll WissForsch 19/29.

Wissenschaftskommunikationsformaten⁷. Nordrhein-Westfalen sollte die Chance nutzen, diesen Prozess federführend mitzugestalten.

Mit dem Rhine Ruhr Center for Science Communication Research (RRC) steht ein geeigneter Partner für die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten bereit. Im RRC arbeiten vom Institut für Journalistik (IJ) der TU Dortmund über das Kulturwissenschaftliche Institut Essen, das Forum Internationale Wissenschaft der Universität Bonn bis hin zum Institut für Medienentwicklung- und -analyse der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg zahlreiche etablierte Forschungseinrichtungen zusammen. Hinzu kommen das Science Media Center Germany in Köln sowie die Wissenschaftspressekonferenz als Praxispartner.⁸ Damit führt das RRC nicht nur Akteure aus der gesamten Metropolregion Rhein-Ruhr zusammen, sondern bildet auch hochschultypen- und disziplinübergreifend die gesamte Bandbreite von Forschung und Praxis der Wissenschaftskommunikationsforschung ab. Zudem verfügt das IJ der TU Dortmund über mehr als 20 Jahre Erfahrung in der wissenschaftsjournalistischen Ausbildung, die zu den wenigen auf Wissenschaftskommunikation ausgerichteten Studienprogrammen bundesweit zählt.

Aktuelle Projekte des RRC betreffen neben der Erforschung neuer zielgruppengerechter Formate und der Entwicklung von Qualitätsstandards⁹ dabei auch, welchen Beitrag Wissenschaftskommunikation leisten kann, um durch gestärkte Medien-, Daten- und Wissenschaftskompetenz auf Nutzerseite ein Gegengewicht zu Fake News und Desinformationskampagnen zu bilden.¹⁰ RRC und TU Dortmund verfügen damit über beste Voraussetzungen, um gemeinsam geeignete Weiterbildungsangebote zu entwickeln. Entsprechende Formate können sowohl in die Lehrerbildung und betriebliche Weiterbildung von wissenschaftlichem Personal und dem Wissenschaftsmanagement eingebunden werden, wie auch die vorgenannten Zielgruppen gemäß Bundestagsbeschluss adressieren.

Auch darüber hinaus zeichnet sich Nordrhein-Westfalen durch ein breites Spektrum an Einrichtungen aus, die über umfangreiche Expertise bei zentralen Themenkomplexen wie Klima oder KI verfügen und zugleich ihre Erfahrungen in der Wissenschaftskommunikation einbringen können. Mit ihrer Unterstützung ließen sich bisher unausgeschöpfte Potenziale identifizieren und ausfüllen. Das Forschungszentrum Jülich, die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft und das Center for Advanced Internet Studies (CAIS) sind dabei nur einige Beispiele.

Anknüpfungspunkte für konkrete Maßnahmen liefern die Studien der Transferunit Wissenschaftskommunikation. Sie hat im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sowie Wissenschaft im Dialog den Status quo der Wissenschaftskommunikation in den Bundesländern untersucht, wobei Nordrhein-Westfalen eines von vier schwerpunktmäßig betrachteten Ländern darstellt.

Die Studien arbeiten heraus, dass in allen Bundesländern klare Signale von der Landespolitik ausgehen, die Relevanz von Wissenschaftskommunikation anzuerkennen und in ihrer Stärkung eine wichtige Möglichkeit sehen, die Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Wissenschaftsstandorte zu sichern.¹¹ Prägend für Nordrhein-Westfalen ist vor allem die Vielfalt an Akteuren (bspw. Hochschulen, Institute, Akademien, Stiftungen, (Forschungs-) Museen,

⁷ Vgl. Deutscher Bundestag: Drs. 20/10606, S. 3.

⁸ Vgl. dazu auch: <https://rhine-ruhr-research.de/about/> (27.11.2024).

⁹ Vgl. <https://rhine-ruhr-research.de/projekte/> (27.11.2024).

¹⁰ TU Dortmund/ Forschungsmagazin mundo (2024): „Wie geht gute Wissenschaftskommunikation?“ <https://www.tu-dortmund.de/forschung/forschungsmagazin-mundo/wie-geht-gute-wissenschaftskommunikation-44263/> (27.11.2024).

¹¹ Vgl.: Scheu, Andreas M. (2024): Wissenschaftskommunikation in Deutschland: Status quo in den Ländern, S. 11 f.

Landesministerien, aber auch private Initiativen und Einzelwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler), die sich in der Wissenschaftskommunikation engagieren.¹²

Allerdings wird in der genannten Analyse darauf hingewiesen, dass „Wissenschaftskommunikation in NRW [bisher] vor allem bezogen auf das Konzept des Wissenstransfers verstanden [...] werd[e]“¹³. Anreizstrukturen auch für gesellschaftsorientierte Kommunikationsprojekte könnten hingegen deutlich ausgebaut werden.¹⁴ Gemeint ist hiermit auch jene Funktion von Wissenschaftskommunikation, die auf wahrhaftige Informationen angewiesen ist und genau diese vermitteln will – im Sinne einer immer wieder auch (selbst-) kritischen Einordnung neuer Ergebnisse in den gesellschaftlichen Diskurs ebenso wie den Fachdiskurs selbst. Dieser Aspekt betrifft insbesondere junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in der Qualifikationsphase unter hohem Leistungsdruck stehen: Gute Kommunikationsarbeit ist zeitintensiv. Damit sie nicht in Konkurrenz zu Forschungs- und Publikationsarbeit gerät, erfordert Wissenschaftskommunikation eine klare Anerkennung als Schlüsselqualifikation, die in der wissenschaftlichen Karriereentwicklung und Profilbildung entsprechend gewürdigt wird.¹⁵

Zu den zentralen Herausforderungen der Wissenschaftskommunikation in NRW zählt daher eine stärkere strukturelle Verankerung. Damit ließe sich ein Beitrag leisten, um Wissenschaftskommunikation als „Daueraufgabe“ mit langfristigen Perspektiven inklusive planbarer Ressourcen zu etablieren und ihre gesellschaftliche Komponente zu betonen.¹⁶

Eine konkrete Maßnahme bestünde darin – analog zur Mehrzahl der Länder und des Bundes – Wissenstransfer und Wissenschaftskommunikation in einem spezialisierten Referat in der Ministerialverwaltung zusammenzuführen. Damit würde einerseits eine zentrale Ansprechstelle für die Akteurinnen und Akteure im Land geschaffen werden. Andererseits ließe sich so die Administration verschiedener Fördermaßnahmen bündeln und in der Vernetzung mit den anderen Ländern der Austausch über „bewährte Förderformate und Rahmensetzungen“¹⁷ intensivieren.

Zudem könnte neben dem Wissenstransfer auch die Wissenschaftskommunikation gesetzlich verankert werden. Eine Vorreiterrolle nimmt hier seit 2023 der Freistaat Bayern ein. Das bayerische Hochschulinnovationsgesetz erkennt Wissenschaftskommunikation als „bedeutende[s] und aktuelle[s] Querschnittsthem[a]“¹⁸ für die Hochschulen an und unterstreicht ihren Beitrag „im öffentlichen Diskurs zur Einbringung wissenschaftlich geprüfter Fakten und zur Aufdeckung manipulativer Fehlinformationen“¹⁹. Durch eine vergleichbare Regelung im § 3 Abs. 1 des NRW-Hochschulgesetzes würde die gesellschaftlich-dialogorientierte

¹² Vgl. ebd.: S. 12; Voigt, Charmaine (2024): Förderung und Gestaltung von Wissenschaftskommunikation in Nordrhein-Westfalen, S. 7-12, 20 f.

¹³ Scheu, Andreas M. (2024): Wissenschaftskommunikation in Deutschland: Status quo in den Ländern, S. 10, 22.

¹⁴ Vgl. dazu auch: Wissenschaftsrat (2021): Wissenschaftskommunikation. Positionspapier, S. 57 f.

¹⁵ Diesen Aspekt hat beispielsweise die damalige Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, Prof. Jutta Allmendinger Anfang 2024 in einer Anhörung des Wissenschaftsausschusses im Abgeordnetenhaus bekräftigt. Vgl. dazu insgesamt: Abgeordnetenhaus von Berlin: Wortprotokoll WissForsch 19/29, S. 30.

¹⁶ Vgl. dazu auch: Scheu, Andreas M. (2024): Wissenschaftskommunikation in Deutschland: Status quo in den Ländern, S. 23, 27.

¹⁷ Ebd.: S. 26.

¹⁸ Bayerischer Landtag: Drs. 18/22504, S. 2.

¹⁹ Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz, Teil 2, Art. 2, Abs. 2, Satz 5.

Komponente von Wissenschaftskommunikation gestärkt werden und gleichwertig neben den tendenziell ökonomisch geprägten Fokus auf Ausgründungen oder Start-Ups treten.²⁰

Die Länderstudie Bayern der Transferunit betont in diesem Zusammenhang, dass den Hochschulen daraus keine Verpflichtung im Sinne zusätzlicher Belastung erwächst. Vielmehr würden Freiräume und „unterstützende Strukturen geschaffen werden für alle, die kommunizieren wollen.“²¹ Denkbar wäre in diesem Kontext auch, Wissenstransfer- und Wissenschaftskommunikationsprojekte explizit in die Regelung zu Freisemestern gemäß § 40 HG aufzunehmen.²²

II. Beschlussfassung

Der Landtag

- erkennt eine der Redlichkeit verpflichtete Wissenschaftskommunikation als wichtige Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik an.
- begrüßt den Beschluss des Antrags „Wissenschaftskommunikation systematisch und umfassend stärken“ (Drs. 20/10606) durch den Deutschen Bundestag.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- gemeinsam mit den Ländern und dem Bund die Umsetzung des Antrags „Wissenschaftskommunikation systematisch und umfassend stärken“ zu unterstützen und dabei insbesondere
 - die Weiterentwicklung und Stärkung des Scicomm-Supports mitvoranzutreiben,
 - die Förderung von Citizen-Science-Projekten zielgerichtet auszubauen und
 - die Anerkennung von Kommunikationsarbeit in der wissenschaftlichen Profilbildung zu fördern.
- die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten im Bereich Wissenschaftskommunikation in Nordrhein-Westfalen zu fördern und dabei insbesondere in Zusammenarbeit mit dem RRC und der TU Dortmund die Einrichtung eines weiterbildenden Masterstudiengangs „Wissenschaftskommunikation“ und einer entsprechenden Professur für „Science, Data & Media Literacy“ zu unterstützen.

²⁰ Vgl. dazu auch: Scheu, Andreas M. (2024): Wissenschaftskommunikation in Deutschland: Status quo in den Ländern, S. 22.

²¹ Wiedicke, Annemarie (2024): Förderung und Gestaltung von Wissenschaftskommunikation in Bayern, S. 5.

²² Vgl. dazu auch: Scheu, Andreas M. (2024): Wissenschaftskommunikation in Deutschland: Status quo in den Ländern, S. 12.

- die strukturelle Verankerung von Wissenschaftskommunikation in Nordrhein-Westfalen zu stärken, insbesondere
 - die Einrichtung eines für Wissenstransfer und Wissenschaftskommunikation zuständigen Referates im Ministerium für Kultur und Wissenschaft als zentraler Ansprechstelle in der Landesregierung zu prüfen,
 - die gesellschaftlich-dialogorientierte Funktion von Wissenschaftskommunikation in § 3 des Hochschulgesetzes aufzunehmen und
 - Transfer- und Wissenschaftskommunikationsprojekte in die Regelung für Freise-mester gemäß § 40 des Hochschulgesetzes aufzunehmen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Dr. Dennis Maelzer
Dr. Bastian Hartmann

und Fraktion